

sitzender des Zentralverbandes seine generelle Zustimmung zu dem beabsichtigten Vorgehen der Industrie geben könne. Eine Regelung könne nach seiner Ansicht nur durch eine weitere Erörterung der Frage, sei es in der Fachpresse oder einer nochmaligen Sitzung erfolgen. Da ein Reichstagsbeschuß vorliege, könne man nicht in der heutigen Sitzung verlangen, daß er diesen Reichstagsbeschuß einfach umstoße. Er sei bereit, in weiteren sachlichen Verhandlungen das Seinige zur Klärung der ganzen Frage beizutragen und zu einer Lösung zu bringen.

R. Rothmann wendet sich gegen die von Kerckhoff beabsichtigte Regelung und führt aus, daß die heutige Sitzung unbedingt zu einem Beschluß kommen müsse. Vor dem großen Plenum einer Reichstagung wäre eine Lösung der heute behandelten Fragen nicht möglich. Er begrüßt den Vorschlag von Dr. Dienst als brauchbare Regelung.

E. Kerckhoff stellt fest, daß bis jetzt noch keine einheitliche Meinung bei den hier Anwesenden vorhanden sei. Es seien ebenso viele Stimmen dafür wie dagegen gehört worden, und eine Abstimmung über die strittigen Fragen erscheine ihm unmöglich.

A. Kratz wendet als Vorsitzender des Markenuhrvereins ein, daß seine Organisation sich unbedingt hinter die Beschlüsse der Reichstagung stelle, solange sie nicht durch das Vorgehen irgendeiner anderen Gruppe zum andersartigen Handeln gezwungen würde.

Dr. Dienst verteidigt nochmals den Standpunkt der Uhrenindustrie, den er vorher schilderte. Er erklärt jedoch dabei ausdrücklich, daß die Industrie bereit sei, sich mit dem Einzelhandel über die Höhe der Aufschläge zu verständigen. Ferner erklärte Dr. Dienst, daß die Vorbereitungen für die beabsichtigte Reklame getroffen seien, und wenn man auch mit dieser Reklame nicht sofort beginnen könne, so könne man doch unmöglich warten, bis die Reichstagung über diese Frage entschieden habe.

Fr. A. Kames spricht nochmals von der Notwendigkeit einer Verständigung, die er in einer weiteren Besprechung sieht, während Dr. Thiel den Vorsitzenden bittet, den Vorschlägen der Industrie zuzustimmen. Da die Industrie nicht beabsichtige, generell Preise festzusetzen, sondern im Einverständnis mit dem Uhreneinzelhandel Anfangs- bzw. Richtpreise in der Reklame zu nennen, sei eine Verständigung seiner Ansicht nach sehr gut möglich.

E. Kerckhoff bedauert, eine generelle Zustimmung zu den gemachten Vorschlägen der Industrie heute noch nicht geben zu können, und verweist auf seine vorherigen

Ausführungen. Er bittet die Industrie, die beabsichtigte Reklame in ihren Einzelheiten dem Zentralverband bekanntzugeben; dieser werde dann zu den Vorschlägen Stellung nehmen. Eine Verständigung über die Kalkulationsgrundlagen werde man nach der heutigen Aussprache wohl erreichen können. Daß der Zentralverband sich einer wirtschaftlichen Notwendigkeit nicht verschließe, beweise ein beabsichtigtes Abkommen über den Vertrieb der elektrischen Uhren, um dieselben dem Uhrmacher zu erhalten. Hier habe er seine Zustimmung zu einem festen Publikumspreis gegeben, weil er den Artikel elektrische Uhr etwas anders beurteile als die Uhr im allgemeinen.

Während Dr. Dienst keinen Unterschied sehen kann zwischen dem Artikel elektrische Uhr und der Uhr im allgemeinen, betont A. Kratz diesen Unterschied besonders und bemerkt, daß es sich bei dem Abkommen über elektrische Uhren um eine Heraufsetzung der bisher teilweise bestehenden Kalkulationen handle. Ein solcher Vertrag sei notwendig, um den Artikel elektrische Uhr dem Uhrmacher zu erhalten bzw. zuzuführen.

Der Vorsitzende erklärt, daß der Zentralverband bereit sei, auch mit dem Schwarzwald ein Abkommen über elektrische Uhren zu treffen. Er betont dabei, daß bisher ein Abschluß noch nicht getätigt sei, sondern daß die gestrige Besprechung nur eine vorbereitende gewesen wäre.

P. Landsberger betont, daß man bei Einräumung einer Sonderstellung für die elektrische Uhr und bei der Forderung nach einer Fabrikantenreklame den Fabrikanten auch gestatten müsse, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für richtig halten; sonst wandere die Uhr ins Warenhaus.

E. Kerckhoff verweist auf seine Ausführungen in der „Uhrmacherkunst“, worin er eine Verständigung für möglich hält, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind, und bittet, dem von ihm vorhin gemachten Vorschlag zuzustimmen.

Dr. Thiel verspricht, daß die Vorschläge des Schwarzwaldes dem Zentralverband zugestellt werden.

Der Vorsitzende bittet alle Beteiligten, innerhalb ihrer Kreise eine weitere Klärung auf Grund der heutigen Aussprache herbeizuführen. Er betont, daß wir nur vorwärtskommen könnten, wenn Fabrikation, Großhandel und Einzelhandel zusammenarbeiten, und er hoffe, das die heutige Sitzung in dieser Richtung einen Erfolg bedeute. Er dankt allen Beteiligten für das rege Interesse und die Aufmerksamkeit und schließt mit dem Wunsche, daß in allernächster Zeit eine Verständigung über die heute behandelten Fragen erfolgen möge.

W. König.

## Die Lage des Uhrengewerbes und seine Zukunft

Am 10. April hielt die Freie Uhrmacher-Innung zu Berlin eine öffentliche Versammlung ab, zu der sie alle Angehörigen des Uhrmachergewerbes eingeladen hatte. In dieser Versammlung, zu der etwa 350 Personen erschienen waren, hielt Enno Kerckhoff, Neuwied, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Deutschen Uhrmacher, einen beachtenswerten Vortrag, in dem er etwa folgendes ausführte:

Wenn wir die Lage unseres Faches richtig betrachten wollen, so müssen wir davon ausgehen, daß die Wirtschaftslage in Deutschland ganz allgemein eine sehr schwere ist. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß wir den Krieg verloren haben und jetzt die Kosten bezahlen müssen. Immerhin können wir sagen, daß es den Uhrmachern nicht so schlecht geht wie den Angehörigen mancher anderen Gewerbebezüge. Wir haben es in den Jahren nach Beendigung des Krieges erreicht, daß wir Uhrenkaufleute geworden und nicht zu Uhrenflickern herabgedrückt sind.

Den Treurabatt hat der Zentralverband nicht an sich bekämpft, sondern weil die Uhrmacher eine Bindung eingehen sollten, während es die Industrie ablehnte, auch ihrerseits entsprechende Verpflichtungen zu übernehmen.

Zu Anfang des laufenden Jahres wurde das Zugeständnis der Industrie erreicht, den Uhrmachern bei Sammelbestellungen billige Wecker zur Bekämpfung der Warenhäuser zu liefern; vereinbart wurde bezüglich dieser Wecker ein Maximalverkaufspreis von L RM. Die Industrie macht nun den Uhrmachern den Vorwurf, daß sie die billigen Wecker nicht im Kampfe gegen die Warenhäuser verwenden, sondern möglichst teuer verkaufen. Sollte die Industrie den Beweis für diese Behauptung erbringen, so müßte der Zentralverband das Vorgehen der betreffenden Uhrmacher schärfstens mißbilligen.

Seit dem Jahre 1927 sind die Fabrikanten auf den mit den Reichstagungen verbundenen Ausstellungen nicht mehr vertreten gewesen. Auf der diesjährigen Reichstagung in